

Nach Laufzeitverlängerung für AKWs

Erneuerbare Energie unter Feuer!

Der Kampf geht weiter – das ist das zentrale Motto der vier großen Stromkonzerne. Nachdem sie sich mit ihrer Forderung nach längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke gegen eine Mehrheit in der Bevölkerung durchgesetzt haben, sollen in diesem Jahr die Erneuerbaren Energien in die Schranken gewiesen werden. Es geht um nichts anderes als die Kontrolle der Strommärkte, die Zukunft der Erneuerbaren Energien und den Klimaschutz.

Der Bundestag hat die von den Stromkonzernen E.on, RWE, Vattenfall und EnBW geforderten längeren Laufzeiten für die Atomkraftwerke beschlossen. Während die älteren Reaktoren bis Baujahr 1980 um rund acht Jahre länger am Netz bleiben sollen, dürfen die neueren Reaktoren 14 Jahre länger in Betrieb bleiben. Je nach Betriebsweise der Reaktoren wird das dazu führen, dass noch im Jahr 2040 Atommeiler am Netz sein werden. Nachdem Bundespräsident Wulff das neue Atomgesetz unterschrieben hat, haben einige Bundesländer und Parteien Verfassungsbeschwerde eingelegt: Obwohl die Bundesländer durch den längeren AKW-Betrieb direkt betroffen sind, ist das Gesetz ohne Beteiligung des Bundesrats in Kraft gesetzt worden. Das Bundesverfassungsgericht wird im Laufe dieses Jahres entscheiden, ob das verfassungsgemäß ist.

AKW-Laufzeitverlängerungen bremsen Erneuerbare

Dennoch: Für die Stromkonzerne bedeutet dies einen wichtigen Etappensieg – vor allem was die zukünftige Kontrolle über die Strommärkte angeht. Nicht nur, weil ihnen die Laufzeitverlängerung trotz Brennelementesteuer rund 70 Milliarden

Die Laufzeitverlängerung für bundesdeutsche AKW bringt uns noch mehr strahlenden Müll und blockiert den Ausbau der Erneuerbaren Energien

Euro in die Kassen spült. Viele in Planung befindliche Investitionen von anderen Akteuren im Strommarkt werden angesichts enormer Mengen an zusätzlichen Atomstrom unrentabel.

Dies trifft nicht nur die Planungen von klimaschädlichen Kohlekraftwerken. So deutet sich derzeit an, dass z.B. zwei geplante Kohlekraftwerke in Brunsbüttel vor dem Aus stehen und auch andere Planungen eingestellt werden. Für den Klimaschutz zunächst eine Verbesserung. Wichtig aber ist auch: Neue Akteure auf dem Strommarkt, die in Konkurrenz zu den großen Vier treten könnten, werden auf diese Weise ebenfalls platt gemacht.

Entscheidend aber ist, dass auch die Erneuerbaren Energien jetzt verstärkt unter Druck geraten. Nicht nur weil die erhöhten Atomstrommengen auf lange Sicht die Stromnetze verstopfen und damit den Ausbau der Erneuerbaren bremsen: „Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke blockieren den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland. Sie verstopfen Stromnetze und gefährden den Vorrang der Erneuerbaren Energien bei der Netzeinspeisung“, stellte Hermann Albers, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie, jüngst fest.

Deutlich werden die Auswirkungen schon jetzt: Zahlreiche Stadtwerke hatten in den vergangenen Jahren im liberalisierten Strommarkt nach neuen Strategien gesucht und diese im Ausbau der Erneuerbaren Energien gefunden. Mehrere Milliarden Euro sollten in den nächsten Jahren investiert werden. Inwieweit es dazu noch kommen wird, ist derzeit fraglich.

Über 10 Stadtwerke haben inzwischen wegen der Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der großen Vier Kartellbeschwerde bei der EU-Kommission gegen die vom Bundestag beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke eingereicht. Mit den längeren Laufzeiten seien ihre Planungen komplett über den Haufen geworfen worden.

„Harmonisierung“ als Begrenzung

Nicht nur in dieser unmittelbaren Folge der Laufzeitverlängerungen wird es für die Erneuerbaren Energien problematisch. Auch wenn Bundeskanzlerin Merkel und Co immer wieder versichern, dass es mit dem Ausbau weitergehen soll: Schon seit dem letzten Jahr gerät die Solarenergie immer mehr ins Visier.



Foto: Rainer Lutter



Foto: Rainer Lutter

Im November haben 50.000 Menschen bei den Protesten gegen den Atommüll-Transport im Wendland deutlich gemacht, wie wenig sie von der Politik einer Regierung halten, die sich zum willfährigen Handlanger der vier großen Energiekonzerne macht

Weil ihr Anteil an der Stromerzeugung noch vergleichsweise gering ist, die Kosten aber noch immer recht hoch, sind bereits im letzten Jahr stärkere Reduzierungen bei der Förderung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschlossen worden. Dennoch hält der Boom von Neuanlagen an und derzeit wird diskutiert, ob die für 2012 vorgesehene Absenkung der Förderpreise um neun Prozent auf den Sommer 2011 vorgezogen werden soll. Auch wenn es in der Produktivität der Solarbranche noch einiges an Spielraum gibt: Klar ist, dass sich der Ausbau der Solarenergie durch solche drastischen Maßnahmen mittelfristig verringern wird. Und immer lauter werden die Rufe nach einer Obergrenze für die Förderung. Ein Mittel, das in Spanien eingeführt worden ist und dort nicht nur den Solarmarkt zusammenbrechen ließ, sondern auch noch 20.000 Arbeitsplätze kostete.

Doch nicht nur die Bundesregierung schraubt am EEG. EU-Energiekommissar Oettinger strebt auf europäischer Ebene eine so genannte „Harmonisierung“ der Regelungen zur Förderung der Erneuerbaren Energien an. Was auf den ersten Blick gut klingen mag, bedeutet für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Bundesrepublik Böses: Konkret geht es darum, die in Deutschland vergleichsweise starke Förderung der Erneuerbaren

über ein europäisches Modell zu reduzieren. Eine „sanfte Landung“ nennt das Oettinger und findet damit großen Beifall bei den vier großen Stromkonzernen. Durch das EEG und die Vorrangregelung für die Einspeisung von regenerativem Strom haben die Konzerne inzwischen einen Anteil von über 17 Prozent am Stromverbrauch verloren. Und die Wachstumsprognosen für die Erneuerbaren Energie sind eindeutig: Würde die politischen Rahmenbedingungen, wie sie jetzt noch gelten (und ohne Laufzeitverlängerungen), weiter bestehen, wären schon im Jahr 2020 rund 47 Prozent der Stromerzeugung erneuerbar. Kein Wunder also, wenn die Stromkonzerne nach der Laufzeitverlängerung nun gegen das EEG vorgehen und damit vor allem der mittelständisch und regional geprägten Konkurrenz den Hahn abdrehen wollen.

Konzernschutz statt Klimaschutz

Dabei argumentieren die großen Stromkonzerne inzwischen ohne jede Schamgrenze: Während sie weiter Kohlekraftwerke bauen und/oder längere Atomlaufzeiten durchgesetzt haben, fordern sie jetzt eine Begrenzung des Ausbaus der Erneuerbaren, weil die Stromnetze nicht in der Lage seien, den erneuerbaren Strom aufzunehmen. Zwar ist richtig, dass für die Erneuerbaren Energien die Netze dringend aus- und um-

gebaut werden müssen. Aber: Verantwortlich für den schlechten Zustand der Netze sind die großen Vier, die jahrelang trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht in die Netze investiert, aber Riesengewinne eingefahren haben.

Doch auch wenn es mit den Bestrebungen auf EU-Ebene noch einige Zeit dauern wird und das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Immer stärker werden die Anzeichen, dass die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren Energien sich künftig eher verschlechtern denn verbessern werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihren Beschlüssen zur Laufzeitverlängerung für die AKWs sehr deutlich gemacht, dass sie die Interessen der vier großen Energiekonzerne willfährig zu ihren eigenen gemacht hat.

Für die derzeit stattfindende Debatte um die Novellierung des bundesdeutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes lässt das nichts Gutes ahnen. Im zweiten Quartal 2011 will das Bundeskabinett einen Erfahrungsbericht über das EEG vorlegen und einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen. Im Herbst 2011 soll dieser Entwurf dann im Bundestag beraten und mit Wirkung zum Januar 2012 verabschiedet werden. Deshalb ist klar, dass die Atomkonzerne in den nächsten Monaten den Druck weiter erhöhen werden.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) gilt ja kurioserweise in Bezug auf Atompolitik und Erneuerbare Energien als gemäßigte Kraft im Bundeskabinett. So spricht sich Röttgen zwar einerseits erst mal heftig gegen die oben erwähnte EU-Harmonisierung aus, stellt aber gleichzeitig fest, dass die Förderung der Erneuerbaren Energien als Anschlag zur Markteinführung gedacht sei und nicht als Dauersubvention. Vor dem Hintergrund der Macht- und Marktverhältnisse ist das durchaus als Hinweis zu verstehen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgebremst werden soll. Konzernschutz statt Klimaschutz – das ist weiterhin die Linie dieser Bundesregierung.

Dirk Seifert, Energiereferent bei ROBIN WOOD in Hamburg